

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzzährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

7. Jahrgang.

Dienstag, 5. April 1927.

Nr. 80.

## Der reformistische Agrar- boltschewismus.

Die Frage der Landagitation auf dem  
kommunistischen Parteitage.

Die Fanfarenstöße der bolschewistischen Weltrevolution haben sich in eine gemüthliche Drehorgelmelodie verwandelt. Ist es überhaupt noch wahr, daß vor fünf oder sechs Jahren die damaligen „Linken“ mit fiebernden Köpfen nachstehend mit uns gestritten haben, ob wir bereits in der ersten oder in der zwölften Stunde vor der Machtergreifung des Proletariats stünden? Nein — so hieß es damals in hunderten stürmischen Versammlungen — den „Rechtslern“ solle es nicht gelingen, mit ihrer Kleinarbeit, ihrer Bildungsarbeit, ihrer Stimmzettelpolitik und ihrem sonstigen reformistischen Krimskrams den revolutionären Drang der Massen zu bremsen. Samstag sei es geworden in der kapitalistischen Welt und morgen müsse der kommunistische Sonntag andrehen. **Trotz euch, gegen euch wird die rote Fahne mit dem Hammer und der Sichel siegreich über dem Lande wehen, ihr Reformisten, ihr Verräter!**

Als auf dem historischen Karlsbader Parteitage in leidenschaftlicher Debatte ausgekämpft wurde, ob die deutsche Arbeiterklasse ihr Schicksal weiter den „ewig gestrigen“ Sozialdemokraten oder den ewig jugendhaften kommunistischen Sturmern anvertrauen sollte, da wurde von unserer Seite auf die schicksalsschwere Bedeutung des Agrarproblems im proletarischen Emanzipationskampf hingewiesen. Es wurde eindringlich hervorgehoben, daß auf dem Boden Mitteleuropas die Bauernklasse eine ganz andere politische Rolle spiele als in Rußland, daß durch die Gewinnung der proletarischen und kleinbäuerlichen Landvolkschichten entscheidende Vorarbeit für den Sieg der sozialen Revolution zu leisten sei. **Kreibich tat diese Einwände in seinem Schlusswort mit einer Handbewegung ab, galt es doch die Blinde seiner Gefolgsleute von den objektiven Schwierigkeiten der proletarischen Machtergreifung abzulenken und auf jeden Fall eine subjektive Schuld der Sozialdemokraten zu konstruieren.**

Nun, im Jahre 1927, sind die Kommunisten gerade dabei, die Auffassung der Sozialdemokraten von 1920 auch in dieser Frage aufs neue zu „entdecken“. Auf ihrem letzten Parteitage haben sie sich endlich mit der Frage der Landagitation und der Gewinnung der kleinbäuerlichen Schichten beschäftigt. Sowohl in dem Referate Bolens als auch in der anschließenden längeren Debatte wurden die verschiedenen Seiten des Agrarproblems nur unter dem Gesichtspunkte des unmittelbaren Agitationsbedürfnisses der kommunistischen Partei behandelt. Wer gehofft hat, daraus etwas zu erfahren, wie die Methoden des russischen Agrarboltschewismus auf die Tschechoslowakei übertragen, wie sie unter speziellem Agrarproblem lösen, den schnellen Sieg der Arbeiter- und Bauernrevolution garantieren sollen, wer darüber Aufschluß gesucht hat, wird die vielen Zeitungsseiten des Berichtes mit schwerer Enttäuschung aus der Hand legen. Mit keiner Silbe wurde uns verraten, worin sich die revolutionäre Agrarpolitik der Kommunisten von der „erbärmlichen reformistischen Taktik“ der Sozialdemokraten gerade auf diesem Gebiete unterscheidet. Dagegen sind in Punkt „Zwangsmaßnahmen“ manche gute Stücke unseres Rüstzeuges ohne Scheu und Befragen entleert worden. Alles was die letzten stattgefundenen „Reichstagsung des kleinen Landvolks“ in den Vordergrund des ländlichen Klassenkampfes gerückt hat: Revision der ungerichteten Bodenzuteilung, Pächterschutz, Tagelohn, Steuererleichterungen für die kleinen Grundbesitzer — alles das finden wir unter den neuen Postulaten der A. P. C. wieder. Dafür aber vermischen wir jeden eingehenderen

Versuch einer marxistischen Analyse der ökonomischen und sozialen Zusammenhänge zwischen Industrie und Landwirtschaft, die klare Herausarbeitung unlöslicher Verknüpfung proletarischer Lohnknechtschaft und bäuerlicher Schuldknechtschaft im Kapitalismus, wie es im Agrarprogramm der deutschösterreichischen Sozialdemokratie so meisterhaft geschah. Von kleinen Teilsforderungen zu großen klaren Perspektiven hat sich die sozialistische Agrarpolitik in den letzten Jahren entwickelt. Die Kommunisten stehen erst am Beginn dieser Entwicklung. Sie haben nicht einmal den Mut, sich ein revolutionäres Agrarprogramm zugeben.

Aus der langen Rede Bolens ist nur noch von Interesse, wie er sich die kommunistische Organisationsarbeit auf dem Lande vorstellt. Nach einigen Selbstverständlichkeiten, wie die Schaffung von „Dorfzellen“, Förderung der Gewerkschaftsorganisation der Land- und Forstarbeiter (siehe die kommunistische Praxis!) empfiehlt der Referent folgendes:

„Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, linke Flügel und Oppositionen in den Parteien und Organisationen zu errichten und zu unterstützen, welche die Massen der arbeitenden Landwirte vereinen, namentlich in der Agrarpartei, ferner im Bund der Landwirte, in der tschechischen und slowakischen Volkspartei und schließlich Fraktionen in allen landwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen mit händigen Statuten, in Gewerkschaften (Räufereisenläsen, landwirtschaftlichen Sportklubs) und in Genossenschaftsorganisationen zu bilden.“

Auf diese „linken Flügel“ und Fraktionen in den agrarischen Parteien sind wir schon sehr neugierig. Wie sich das der kleine Marx vorstellen mag? Die mechanische Uebersetzung der Zellentaktik auf die Landorganisationen muß schon an der wirtschaftlichen Abhängigkeit der kleinen Leute scheitern. **Glaubt ein Mensch außer Herrn Bolen daran, daß ein darlehensbedürftiger Häusler in der Generalversammlung der Reiffeisenläse gegen die Großbauern so auftrumpfen kann, wie der kommunistische Gewerkschafter gegen seine sozialdemokratischen Arbeitskollegen auftrumpft? Und was dann, wenn die kommunistischen Fraktionsmänner aus den Darlehensläsen, Versicherungsvereinen, Rostereigenossenschaften hinausgeworfen werden, was den Agrariern wahrlich nicht viel Mühe und Gewinnsschiffe kostet? Dann entsteht die Frage, ob sich die Kleinbauern und Häusler eigene Wirtschaftsorganisationen als Ausgangspunkte ihrer Selbstständigkeitsbewegung schaffen können. Dazu gehört aber viel Mühe und Arbeit, ehrlicher und jährr Wille.**

Vorläufig scheint bei den Kommunisten nicht viel Lust zu bestehen, diese Bürde auf sich zu nehmen und dem kleinen Landvolk damit praktische Hilfe zu bieten. In der Debatte wurde lebhaft darüber Klage geführt, daß ein von Kommunisten gegründeter slowakischer Kleinbauernverband von der Parteileitung schmächtig im Stiche gelassen wurde. Bolens meinte in seiner Rede:

„. . . daß durch die Errichtung kommunistischer Verbände nicht die Aufgaben erreicht werden würden, die wir in den ländlichen Gebieten haben.“

Lieber sollen die Kommunisten in den oppositionellen Kleinbauernverbänden Fraktionen gründen und so auf die Kreis- und Verbandsleitungen Einfluß nehmen. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß sich die Kommunisten gar nicht getrauen, mit offenem Bistier unter den Kleinbauern und Häuslern zu werben. Diese zur weißen Taktik erhobene Feigheit und Kleinmütigkeit einer Partei könnte sich für Eintrittsgeld sehen lassen! **Wenn die Kommunisten nicht einmal den Mut haben eigene Landvolksorganisationen zu schaffen und damit den Kampf gegen das Agrarkapital aufzunehmen, wie wollen sie dann die berühmte Arbeiter- und Bauernregierung zustande bringen, die ihre tägliche Ver-**

heißung und der Schlüsselpunkt ihrer politischen Weisheit ist?

In der freiwilligen Beschränkung der wilden Agrarboltschewien auf kleine Fraktionsmachereien und Winkelzüge liegt ein Stück Selbsterkenntnis. Sie fühlen es wohl selbst, daß sie noch für keine Aufgabe untauglicher waren, als für die praktische Betätigung

unter der Landbevölkerung. Mit Phrasen und Parolen werden sie aber am Dorfe noch weniger ausgerichtet und so wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als auf agrarpolitischen Gebieten ebenfalls den Pyllus der Irrtümer und „Abweichungen“ durchzulaufen, bis sie eines Tages zu den Erkenntnissen der ewig Gestrigen heimfinden.

## Der Verzweiflungskampf des Glasindustrie- proletariats. Ausnahmestand für den Bezirk Tannwald und drei Gemeinden im Bezirke Gablonz.

Tannwald, 4. April. (Eigenbericht.) Wir haben bereits berichtet, daß Montag, den 28. März, in Tannwald und Morchenstern eine Demonstration der Glasarbeiter stattfand, wobei bei einigen Firmen Schmirgelwaren zerstört wurden. Daraufhin wurde Mittwoch, den 30. März, um 4 Uhr früh

das Mitglied des Schiffsenausschusses, **Renner**, verhaftet und seine Frau, welche sich in acht Monate der Schwangerschaft befindet, von einigen Gendarmen die Treppe herabgestoßen, so daß sie schwer krank darnieder liegt.

Polizeilicht muß werden, daß Renner erst in Morchenstern auf die Demonstration traf und hier die Menge zum ruhigen Auseinandergehen aufforderte. Als nun diese Verhaftung Renners bekannt wurde, rief dies eine große Empörung unter der Arbeiterschaft hervor, welche in nicht weniger als 70 Betrieben Betriebsversammlungen abhielt und eine Resolution annahm, in welcher die sofortige Freilassung Renners gefordert wurde. Eine Sitzung des Schiffsenausschusses folgte dem Beschlusse, daß bei weiteren Verhaftungen die Arbeiterschaft in der Kristall- und Plombenbranche in der Proteststreik tritt. Tatsächlich wurden Freitag in Jockischal

### neuerliche Verhaftungen

vorgenommen. Der Schiffsenausschuss rief daher die Glaschleifer und Schleiferinnen zu

### eintägigem Proteststreik am 4. April

auf. Am 3. April wurde von der politischen Bezirksverwaltung Gablonz der Ausnahmestand durch folgende Kundmachung proklamiert:

In den letzten Tagen war ein Teil der hiesigen Bezirke Schauplatz von beachtenswerten Ausschreitungen, wobei die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört, sowie auch die Sicherheit der Person und des Eigentums gefährdet wurde. Infolge dieser Ereignisse finde ich mich bestimmt, für die Bezirke Tannwald, sowie für die Gemeinden Jockischal, Jockischal und Unter-Morzdorf des Gerichtsbezirkes Gablonz an der Reife auf Grund des § 22 und 35, Abschnitt 1 der Ministerialverordnung vom 19. Jänner 1853, Regierungsblatt Nr. 10, folgende außerordentliche Maßnahmen zu treffen.

1. Menschenansammlungen und Zusammenrottungen an öffentlichen Orten und Plätzen werden strengstens untersagt.
2. Nach 9 Uhr abends darf sich niemand auf der Straße aufhalten. Die Haushaltungs- vorstände und Diensthelfer haben im Sinne des § 21 Str.-G. Sorge zu tragen, daß niemand von den Hausgenossen nach 9 Uhr abends das Haus ohne dringende Notwendigkeit verläßt. Für Kinder und Jugendliche bis zu 16 Jahren ist auch während der Tagstunden der Aufenthalt auf den Straßen ohne zwingende Gründe unstatthaft.
3. Die Polizeistunde für Gast- und Schankgewerbe wird mit 9 Uhr abends festgesetzt. Nach Ablauf dieser Stunde dürfen in den betreffenden Lokalitäten keine Gäste verweilen. Gegen diejenigen, die dieses Verbot außeracht lassen, wird behördlich vorgegan-

## Neue Säuberungsaktionen in der R. P. D. Weitere drei Reichstags- und Landtagsabgeordnete gehen freiwillig.

Berlin, 4. April. (Eigenbericht.) Die Zentrale der kommunistischen Partei hatte nach ihrem kürzlich in Essen abgehaltenen Parteitag den Reichstagsabgeordneten **Schlecht** und zwei preussische Landtagsabgeordnete aufgefordert, die Mandate niederzulegen. Da sie der Aufforderung nicht nachkamen, sind sie jetzt aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Mit ihnen haben sich drei andere kommunistische

gen und gegen Ausschreitungen jedweder Art und Weise wird mit den allerstärksten Mitteln der öffentlichen Macht rücksichtslos vorgegriffen werden. Begangene Uebertretungen werden nach einschlägigen Vorschriften mit der größten Strenge geahndet. (§ 7 und 11 der Verordnung vom 20. April 1854 R.-M. Nr. 96, beziehungsweise die Gewerbeordnung.) **Der den Beamten oder der Wache, wenn diese die Menge auseinander gehen heißt, nicht Folge leistet, macht sich des Vergehens des Aufruhrs nach § 283 des Strafgesetzes schuldig.** Die Bevölkerung wird nachdrücklich aufgefordert, die Gesetze und Verordnungen der Behörden zu beobachten, unter allen Umständen Besonnenheit, Ruhe, Ordnung zu bewahren, da widrigenfalls die schlimmsten Maßnahmen, eventuell die Verhängung des Standrechtes in Anwendung gebracht werden müßte. Diese Kundgebung tritt sofort in Wirksamkeit.

Politische Bezirksverwaltung Gablonz a. d. N.  
Bude m. p.

Die für Montag angelegte Protestversammlung der Glasarbeiter gegen die Verhaftung der Arbeiter **Emil Augustin**, **Bertha Beshorner** und **Berthold Jäger**, sämtliche aus Jockischal, ist behördlich verboten worden.

Montag nachmittags fand im Rathaus in Morchenstern eine Sitzung statt, welcher auch **Anton Benda** vom Handelsministerium beizuhörte. Einmütig wurde ein Antrag angenommen, in welchem ein Erzeugungsverbot der Schmirgelware für die Kristall- und Plombenbranche verlangt wird.

So also will der Bürgerklub soziale Probleme lösen! Monatlang gehen schon die Klagen der Glasarbeiter des Gablonz-Tannwalder Gebietes, daß die Erzeugung von Schmirgelware eine Gefahr für die Existenz der Glasarbeiter und den Bestand dieses Industriezweiges ist. Die Unternehmer des dortigen Gebietes sehen nichts anderes als ihren unmittelbaren Profit, sie wollen in den nächsten Monaten oder Jahren, da die Gablonz-Industrie bei den heutigen Erzeugungsmethoden florieren kann, reich werden, was dann später kommt, ist ihnen gleichgültig. Und die Regierung, statt sich um das Schicksal dieser wichtigen Exportindustrie zu kümmern, an der tausende Arbeiterexistenzen hängen, statt die Lage dieser Industrie ernstlich zu untersuchen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Gablonz-Industrie gesunde, damit sie ihren Weltmarkt nicht verliere, statt dies Selbstverständliche zu tun, verhängt sie Ausnahmeverfügungen und droht mit dem Standrecht! Statt wirtschaftspolitischer Vorkehrungen der Polizeifibel, das scheint die Parole der Bürgerklubregierung zu sein, die sich den Konforbatsminister Bach nicht nur in der Frage der Verwaltungsreform zum Vorbild genommen hat. Gegen die profitlüsternten Unternehmer, welche die Industrie ruinieren wird nichts getan, aber wenn die Arbeiter ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben, dann läßt der Staat gegen sie keine Polizisten los!

Reichstagsabgeordnete und acht Landtagsabgeordnete solidarisch erklärt. Die ausgeschlossenen Abgeordneten werden im Reichstag jetzt bald die Stärke einer Fraktion haben. Es sind unter den ausgeschlossenen Bestrebungen im Gange, eine neue Partei zu gründen, die sich Unabhängige kommunistische Partei nennen soll. Auf der anderen Seite versucht die Zentrale der R. P. D., die ausgeschlossenen zu bewegen, ihre Sünden einzugestehen, damit sie wieder in Gnaden aufgenommen werden können. Vorläufig ist noch nicht abzusehen, welche der beiden Strömungen Erfolg haben wird.

# Beginnende Erkenntnis.

Die aktivistischen Erfolge der Koalitionsdeutschen werden langsam, aber deutlich auch ihren Wählern recht unangenehm wahrnehmbar. Besonders den Angehörigen der Gewerbetreibenden kommt langsam die Idee, daß sie um den Vorteil einiger Abgeordnetermandate den Landbündlern Futreibdienste geleistet haben. Die durch die Fülle hervorgerufene Preissteigerung der Lebensmittel fühlen auch die kleinen Handwerker, und da durch die Arbeitslosigkeit, die ja ihre Hauptursache in der unglückseligen Agrarpolitik hat, die Konsumfähigkeit der Arbeiter von Tag zu Tag sinkt, kommen schließlich auch die verbittertesten Zünftler langsam darauf, daß ein Regieren gegen die Arbeiter auch den Handwerkern und Geschäftleuten keinen Nutzen bringt. Baldig dämmert ihnen die Erkenntnis, daß die Milliarden für den Militarismus, die Millionen für den Rüstungsfonds, für die Kongress-, Repräsentationszwecke usw., die die Regierungen mit wahrer Selbstentmündigung bewilligt haben, auch sie mit zu bezahlen haben und da die berühmten aktivistischen Erfolge immer noch irgendwo auf dem Monde zu suchen sind, ist unter den einstigen Wählern der landbündnerisch-gewerbetreiblichen Listen keine sonderliche Begeisterung wahrzunehmen. Sinequoniam ist es begründlich, daß die neuen Gesetzesvorlagen, namentlich über die militärische Dienstzeit und das Zertifikatsgesetz zu einer neuen Quelle berechtigten Unmut werden. Wenn die Söhne der Handwerker und Gewerbetreibenden 18 statt 14 Monate zu dienen haben, bedeutet das für sie sicher eine Schädigung ihrer materiellen Interessen, denn mancher von ihnen ist auf die Mitarbeit seines erwachsenen Sohnes in hohem Maße angewiesen, um so mehr als ja durch die fortschreitende Industrialisierung aller Produktionszweige, namentlich der kleinen Handwerker, nicht auf Kosten gebettet ist. Die finanziellen Sorgen des keineswegs billigen Soldatenvieles wagen und außerdem noch die erwachsenen Söhne hergeben zu müssen, ist freilich noch einem vierjährigen verlorenen Krieg eine starke Zuzunahme. Dazu kommt noch, daß der kleine Gewerbetreibende von den Hereslieferungen nichts hat, während die Schwerindustrie Millionen daran profitiert. Ueber all das konnte er früher wenigstens in kräftigen Worten über die Politik der Hohenzollern seinen Herzen Luft machen, nun ist ihm auch diese Möglichkeit genommen, denn jene, denen er die Stimmen gab, haben diese Zuppe, die er nun auslöffeln soll, mit eingebracht. Aber die glorreiche Regierungspolitik greift noch weiter in sein privates Leben ein. Die meisten Handwerker begreifen, wenn sie sich auch kein völlig klares Bild von den Möglichkeiten der kapitalistischen Entwicklung machen können, daß die Zukunft des Handwerkes keine rosige ist. Um ihren Söhnen das Leben leichter zu machen, schicken sie diese vielfach in höhere Schulen und hoffen, daß diese später als Beamte und Angestellte ein einigermaßen gesichertes Dasein finden werden. Diese Hoffnung erweist sich freilich heute schon vielfach als trügerisch, denn soweit staatliche Stellen in Frage kommen, genießen ja bekanntlich die Legionäre und Angehörige der Staatsnation den Vorrang und in den privaten Unternehmungen ist in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise und der Mechanisierung der Büroarbeit ebenfalls ein Unterkommen äußerst schwer. Tatsache ist, daß gegenwärtig viele Hunderte qualifizierte Konzeptschreiber ohne Beschäftigung sind. Geringe Möglichkeiten sind nur noch in den Gemeinden, Bezirken und öffentlichen Anstalten, wie Krankenkassen usw. offen. In Zukunft wird sich das aber noch viel trostloser gestalten. Nicht Schulzeugnisse, nicht fachliche Qualifikation, sondern der Nachweis länger-

dienender Unteroffizier gewesen zu sein, wird bestimmend sein bei der Besetzung freier Dienststellen, sowohl in staatlichen wie auch autonomen Kestern und Betrieben, und ebenso auch in Privatbetrieben. Der Fachmann muß dem Feldwebel weichen. So will es das von der deutsch-tschechischen Regierungskoalition geplante Zertifikatsgesetz. Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, werden damit die Hoffnungen Tausender kleiner Beamter, Handwerker und Gewerbetreibender mit einem Schlag vernichtet. Wie mancher Handwerker hat sich die Keller vom Munde abgepariert um seinen Sohn studieren zu lassen, damit er irgendwo eine Anstellung findet, die ihm

Lohn und Brot gibt. Man kommt der Feldwebel, der keine andere Qualifikation braucht, als den Nachweis durch acht Jahre Rekruten gedient zu haben und besetzt die Stelle und der wohlgezogene Sohn der Gewerbetreibenden kann warten, bis vielleicht doch einmal der Zufall es will, daß auch er Beschäftigung findet. Langsam dämmert nunmehr auch in den Kreisen der Gewerbetreibenden die Erkenntnis auf, daß sie den Strich, der ihnen da um den eigenen Hals gelegt wird, mitgedreht haben, als sie ihre Stimmen den deutschen Regierungsparteien gaben. Die Abrechnung aber, die die Christlichsozialen, Landbändler und Gewerbetreibenden zu gewärtigen haben, wird furchtbar sein.

einmal furchtbar rächen . . . Es ist bedauerlich, daß sich innerhalb der deutschen Regierungsparteien selbst niemand findet, der sich der Gefahr der sich jetzt täglich wiederholenden Präjudizien bewußt wird. Das Befreien, sich bis zur Unkenntlichkeit zu akklimatisieren, bringt Früchte hervor, an denen das suberndeutsche Volk einmal hart zu würgen haben wird."

## Die allgemeine Erwerbsteuer. Ein umfassender Abänderungsantrag der Koalition.

Prag, 4. April. Im Budgetausschuß wurde heute seitens der Koalition zum § 57, der von den Sähen der allgemeinen Erwerbsteuer handelt, folgender Abänderungsantrag eingebracht:

1. Der Satz der allgemeinen Erwerbsteuer beträgt 2,5 Prozent des der Steuer unterworfenen Ertrages mit der Abweichung, daß von den ersten 300.000 Kronen der Steuergrundlage die Steuerlage auf 0,5 Prozent ermäßigt wird, und von einer Steuergrundlage, die den Betrag von 140.000 Kronen übersteigt, der Steuerfuß auf vier Prozent erhöht wird. Wenn in einem Gesellschaftsunternehmen neben einem Gesellschafter noch weitere Gesellschafter tätig sind, in einer solchen Weise, daß sie voll die Dienste leisten, welche sonst bezahlte Kräfte für sie leisten müßten, werden die Beträge der Steuergrundlage für die die erniedrigte Tasse gilt oder bei denen die erhöhte Tasse eintritt, für den zweiten und jeden weiteren im Betriebe tätigen Gesellschafter um 30.000 Kronen erhöht.
2. Uebersteigt die Steuergrundlage des Unternehmens nicht 15.000 Kronen, so beträgt der Steuerfuß 0,25 Prozent des der Steuer unterworfenen Ertrages.
3. Handelt es sich um einen Steuerzahler, dessen Gesamteinkommen weder allein noch mit dem Einkommen des Familienhauptes zusammen, mit welchem allenfalls er gemeinschaftlich besteuert sein soll, nicht die der Einkommensteuer nicht unterworfenen Beträge übersteigen, und macht die Steuergrundlage des Unternehmens nicht mehr als 7.000 Kronen aus, so beträgt der Steuerfuß 0,125 Prozent des der Steuer unterworfenen Ertrages.
4. Wenn unter den in Absatz 3 angeführten Bedingungen die Steuergrundlage des Unternehmens 4.000 Kronen nicht übersteigt, so wird die Steuer im Ausmaße von 0,125 Prozent bloß zur Verteilung der autonomen Zuschläge vorgeschrieben, die Steuer selbst aber nicht eingehoben.
5. Der der Steuer unterworfenen Ertrag wird, wenn er nicht durch 100 teilbar ist, nach unten auf den nächsten durch 100 teilbaren Betrag abgerundet.
6. Handelt es sich um die Besteuerung eines Unternehmens, dessen Ertrag ohne die wesentliche Beteiligung des Kapitals von der persönlichen Tätigkeit des Steuerzahlers in einem solchen Maße bedingt ist, daß der ständige Betrieb des Unternehmens ohne diese Tätigkeit nicht möglich ist (freie Berufe, wie Advokaten, Notare, Ärzte, Schriftsteller, Künstler, Agenten und ähnliche, sowie Beschäftigungen die in solchen persönlichen, Verrichtungen stehen, die nicht durch einen Vertreter ausgeführt werden können), so wird die allgemeine Erwerbsteuer, die sich gemäß Absatz 1 ergibt, um 20 Prozent erniedrigt. Die für ein Steuerjahr vorgeschriebene Steuer darf nicht weniger betragen, als ein Promille des Gesamtkapitals, welches in dem Unternehmen dauernd auf Gewinn angelegt ist, falls dieses Kapital mehr als 50.000 Kronen beträgt.

Die Debatte über diese neuen Sätze wurde bis ans Ende dieses Kapitels verschoben, worauf der Ausschuß in die Beratung des § 58 einging.

# Ist die Sozialversicherung eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie?

Die Belastung der Industrie durch die Sozialversicherung ist eines der Argumente, das man im Kampfe gegen die Sozialversicherung von den Bürgerlichen beständig hören kann. Immer wieder wird behauptet, daß die tschechoslowakische Industrie infolge der Belastung durch die Sozialversicherung konkurrenzunfähig sei. Wir haben schon vor einiger Zeit auf die Angaben des Mitbegründers der Sozialversicherung, Professors Schöndauer, hingewiesen, der in einem Vortrag, unlängst festgestellt hat, daß die Sozialversicherung in der Tschechoslowakei (einschließlich der Unfallversicherung) höchstens 11,5 Prozent gegen 16 Prozent in Deutschland und 17 Prozent in Oesterreich betrage. Nun hat der ehemalige Minister Dr. Sotowech sich gleichfalls mit diesem Thema beschäftigt und einige Angaben gemacht, die ebenso zeigen, wie ungerechtfertigt und haltlos das Argument der Bürgerlichen ist. (Wir entnehmen diese Angaben der letzten Nummer der „Sozialen Rundschau“, des Organs des Verbandes der deutschen Krankenkassen). Der obligatorischen Krankenversicherung sind in Deutschland 30 Prozent der Bevölkerung unterworfen, bei uns nur 21 Prozent. Der Juvalliden- und Altersversicherung der Arbeiterschaft sind in Deutschland 27 Prozent der Bevölkerung, bei uns 10 Prozent unterworfen. Der Beamtenpensionsversicherung unterliegen in Deutschland vier Prozent, bei uns zwei Prozent der Bevölkerung. Der Bergarbeiterversicherung fallen in Deutschland anheim 1 1/2 Prozent, bei uns ein Prozent. Wir haben 23 Prozent der Bevölkerung Deutschlands, aber nur 11 Prozent seiner Belastung durch soziale Beiträge. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen in Deutschland 370 K., bei uns 180 K. sozialer Lasten. Sotowech schätzt die Einkommen der Unternehmer, der Beamten und Arbeiter in Produktion, Handel und Verkehr auf 72 Milliarden Kronen. Durch die Sozialversicherung wird die Wirtschaft mit 2500 Millionen Kronen oder mit 3 1/2 Prozent belastet. Das Nationalvermögen der

Tschechoslowakei schätzt der Erwähnte mit 400 Milliarden Kronen, die soziale Belastung beträgt demnach 0,6 Prozent des Nationalvermögens. Das Nationalvermögen Deutschlands kann mit 2400 Milliarden Kronen geschätzt werden, es wird durch die Sozialversicherung mit 23 Milliarden belastet, die Belastung des Nationalvermögens beträgt also hier ein Prozent, ist also um 0,4 Prozent höher als bei uns.

Es wird auch oft darüber geklagt, daß die Verwaltung der Sozialversicherungsanstalt teuer ist. Wie steht es damit in Wirklichkeit? Die privaten Versicherungsanstalten in der tschechoslowakischen Republik haben nach den Berichten des staatlichen statistischen Amtes für Verwaltung aufgewendet: in der Elementarversicherung 34 Prozent der empfangenen Bruttoprämien, in der Lebensversicherung 27 Prozent. Auch wenn von diesem Verwaltungsaufwand die Aquisationsprovision und die einfallenden Steuern und Abgaben abgezogen werden, so betragen die reinen Verwaltungskosten 21 Prozent der Elementarversicherung 18 Prozent bei der Lebensversicherung. Dagegen erfordert die Verwaltung der allgemeinen Pensionsanstalt nicht einmal 8 Prozent der Gesamtprämien, also weniger als die Hälfte der Privatversicherungsanstalten. Bei den Bezirkskrankenkassenanstalten betrug 1923 der Verwaltungsaufwand 14,5 Prozent, bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen 20,5 Prozent, bei den Genossenschaftskrankenkassen 14,5 statt 12,5 Prozent.

Diese Zahlen sind so überzeugend, daß, wenn die Gegner der Sozialversicherung objektiv wären, sie das Argument von der Belastung der Industrie durch die Sozialversicherung und der teuren Verwaltung der Sozialversicherungsanstalten überhaupt nicht gebrauchen dürften. Wenn sie es tun, beweisen sie damit nur, daß sie nichts anderes im Sinne haben als die Sozialversicherung zu verschlechtern.

## Die Schuld der deutschen Regierungsparteien.

Mit diesem umfangreichen Kapitel beschäftigt sich das Prager „Montagsblatt“ neuerlich in einem Artikel, aus dessen Schlussbemerkungen wir folgende Stellen zitieren:

„Die deutschen Parteien, die sich als so willige Schüler des tschechischen Koalition-Systems entpuppen, haben eine ungeheure Verantwortung auf sich. Denn sie schlagen sich heute schon für den Zeitpunkt, wo sie vielleicht wieder einmal in die Opposition gedrängt werden, selbst alle Waffen aus der Hand. Ebenso wie sie den tschechi-

schen Militarismus akzeptieren und tschechische Rüstungen zu einer Zeit materiell und moralisch fördern, wo Deutschland und Oesterreich mit drakonischer Pedanterie zur Abrüstung verpflichtet werden, ebenso wie sie in dem Zusammenhang ausnahmslos nach tschechischem Vorbild mit zweierlei Maß messen, je nachdem es sich um einen Reichs- oder einen Minderheitsangeordneten handelt, ebenso lassen sie sich herbei, oppositionelle Anträge mit denselben Keulen in Bausch und Bogen niederzudrücken, die sie, als die Klöße noch in einem ausschließlich tschechischen Magazin lagen, nicht genug verurteilt konnten. Diese Dinge können sich am gesamten deutschen Substanz-

# Die grinsende Frage.

Roman von Victor Hugo.

21 Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann.

Es wäre für den Patrioten ein leichtes gewesen, in das neuerstandene Oberhaus zurückzukehren, denn Reuige werden von der Restauration stets wohl empfangen, und Karl II. war denen, die sich zu ihm zurückfanden, ein gnädiger König; aber Lord Clancharlie hatte nicht begriffen, was er den Ereignissen schuldig war. Während das Volk dem König jubelte, während die Herrscherfamilie in glorreicher Umschwung der Ereignisse triumphierend wiedererstand, in einer Zeit, wo die Vergangenheit zur Zukunft und die Zukunft zur Vergangenheit wurde, war dieser Mann widerpenstig geblieben. Er hatte sich abgewandt von all der lauten Fröhlichkeit, er hatte sich freiwillig verbannt. Er hätte Pair sein können und zog es vor, ein Geächteter zu sein; und so waren die Jahre vergangen; er war alt geworden in seinem treuen Festhalten an der toten Republik. Natürlich war er der Lächerlichkeit verfallen, die solcher Art von Aenderungen anhaftet.

Er hatte sich in die Schweiz zurückgezogen. Am Ufer des Genfer Sees bewohnte er ein hochgelegenes altes Haus im rauhesten Winkel jener Gegend. Die strengen Alpen mit ihren Winden und Wolken und Düsternissen waren um ihn; und so lebte er da, ganz verloren im Dunkel, das von den Bergen niederstinkt.

Wenn man an Lord Clancharlie dachte, an das, was er hätte sein können, und an das, was er war, so war es eine Freundschaft, zu lächeln. Manche lachten ganz laut. Andere waren enttäuscht. Kaum je war eine Situation klarer und deut-

licher als 1660; kaum je war einem verständigen Mann sein Verhalten so eindeutig vorgezeichnet. England hatte Cromwell hinter sich. Zur Zeit der Republik waren viele Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Man hatte die englische Vorherrschaft in Europa geschaffen. Man hatte mit Hilfe des Dreißigjährigen Krieges Deutschland beherrscht, mit Hilfe der Fronde Frankreich gedemütigt, mit Hilfe des Herzogs von Braganza Spanien verkleinert. Cromwell hatte Mazarin gezähmt; bei Verträgen zeichnete der Protektor von England vor dem König von Frankreich; den Niederlanden war eine Buße von acht Millionen auferlegt worden, Algier und Tunis waren gekrönt, Jamaika war erobert, Lifabon gedemütigt worden; in Barcelona war die französische Nebenbuhlerschaft, in Neapel Mazarinello aufgereizt; Portugal war fest an England gebunden, von Gibraltar bis Kreta hatte eine große Zäuberin in den Seeräuber-gegenden stattgefunden. Die Seeherrschaft war begründet worden durch Siege und Handel; durch die Navigationsakte hatte man das gesamte Küstenland in Besitz genommen; weil man das Meer beherrschte, beherrschte man die Welt. Man hatte das Festland zittern machen, man hatte Frieden diktiert, Arien befohlen, auf allen Höhen die englische Flagge gehißt; das eine einzige Regiment der Cromwellschen „eisernen Dragoner“ wog im Ansehensgefühl Europas eine Armee auf; Cromwell sagte: „Ich will, daß man die englische Republik achte, wie man die römische geachtet hat.“ Nichts war mehr geheiligt: freies Wort, freie Presse; auf offener Straße durfte man sagen, was man in den Sinn kam; ohne Kontrolle oder Zensur druckte man, was man wollte; das Gleichgewicht der Throne war gestört; die ganze monarchistische Ordnung Europas, davon die Sturats einen Teil bildeten, war umgestürzt. Endlich war man dieses widerwärtige Regime los, und England wurde verziehen.

Karl II. in seiner Nachsicht hatte die Er-

klärung von Breda unterzeichnet. Er hatte England diese Epoche vergessen machen, wo der Sohn eines Bierbrauers aus Huntington Ludwig dem Bierbrenner den Fuß auf den Nacken gesetzt hatte. England sollte sein pater peccavi und armete wieder auf. Allen gingen die Herzen auf und die Galgen der Königsmörder machten die allgemeine Freude voll. Ein guter Untertan zu sein — das war nun der einzige Ehrgeiz. Man war abgenommen von den politischen Narrenwässern; die Revolution wurde lächerlich gemacht, man verhöhnste die Republik und jene sonderbaren Zeiten, wo die Leute immer große Worte von Recht, Freiheit, Fortschritt im Munde geführt hatten. Wo läme man dann hin, wenn der erste beste Recht haben sollte? Sollten etwa alle Führer sein? Und was ist diese angebliche Freiheit für eine Tyrannie! Ich will mich amüsieren und nicht mit — regieren! Abstimmen ist langweilig; ich will tanzen.

Es ist begreiflich, daß dieser König mit einem Rebellen wie Lord Linnaus Clancharlie sich irgendwie auseinandersehen mußte. Die erbliche Pairswürdenschaft birgt gewisse Zukunftsmöglichkeiten, und so lag es auf der Hand, daß Jakob II. nicht zögern würde, irgendwelche Vorsichtsmaßregeln gegen diesen Lord zu ergreifen.

Lord Linnaus Clancharlie war nicht immer alt und verbannt gewesen. Auch er hatte seine Zeit der Jugend und der Leidenschaft erlebt. Man wußte, daß er einen natürlichen Sohn hatte. Dieser Sohn war in dem Augenblick zur Welt gekommen, als es mit der Republik zu Ende ging; er wurde geboren, als sein Vater sich aufschickte, in die Verbannung zu gehen. Aus diesem Grunde hatte er seinen Vater nie gesehen. Dieser uneheliche Sohn Lord Clancharlies war als Page am Hof Karls II. aufgewachsen. Er erhielt den Namen Lord David Dirry-Moir; er war Lord, denn seine Mutter war eine Dame von Rang. Während nun Lord Clancharlie sich in der Schweiz verfracht, entschloß sich die Mutter — sie war schön — nicht so arg

zu schmollen; sie ließ sich diesen ersten wilden Geliebten von einem zweiten verzeihen, der ohne Zweifel zahmer, ja sogar königlichen Geblüts war; es war der König selbst. Sie war die Mätresse Karls II., lang genug, daß Se. Majestät in der Freude, diese reizende Frau der Republik wieder abgenommen zu haben, den kleinen David bevorzugte.

Dadurch wurde dieser Bastard Offizier und ein eifriger Anhänger der Sturats. Eine Zeitlang war Lord David einer der Siebziger, die den großen Deogen trugen, später gehörte er zu der Schar der Pensionäre und war einer der vierzig Träger der vergoldeten Parifane; als Mitglied die'er edlen Truppe hatte er das Vorrecht, die Schlüssel auf den Tisch des Königs zu setzen. So machte Lord David sein Glück unter Karl II., während sein Vater im Exil alt wurde.

Und später machte er sein Glück unter Jakob II.

Der König ernannte Lord David zum Kammerherrn mit einem Jahresertrahen von tausend Pfund. Ueberdies war er Oberstleutnant im schottischen Garderegiment. In dieser Eigenschaft machte er mehrere Feldzüge mit und zeichnete sich sehr aus, denn er war ein mutiger Krieger. Ein tapferer Edelmann, wohlgestaltet, schön und freigebig, großartig in Haltung und Auftreten. Seine Person entsprach seinem Titel: er war von hoher Gestalt und von hoher Geburt.

Die Gnade des Königs schreckte nicht davor zurück, Lord David Dirry-Moir in das Oberhaus einzuführen, nur mußte es auf Grund einer freigewordenen Pairswürde geschehen können.

Die Gelegenheit dazu fand sich auch.

(Fortsetzung folgt.)

# Tages-Neuigkeiten.

## Eröffnung der Reichsparteischule in Johannisdorf.

Im prächtig mit Grün und Rot geschmückten Saal des Arbeitererholungsheimes in Johannisdorf im Riesengebirge wurde Montag, den 4. April, nachmittags 3 Uhr, die Reichsparteischule eröffnet. Das Bild des vor zwei Jahren verstorbenen tschechischen Arbeiterführers Wilhelm Kiese witter begrüßte die Kulturarbeit unserer Partei von der Stirnseite des Saales. Nicht nur der Raum ist festlich geschmückt, sondern auch die Menschen, die da aus allen Gebieten der Tschechoslowakei sich zusammen finden, um sich neue Waffen für den Klassenkampf zu holen, befeelt feierliche Stimmung. Zwischen 18 bis 20jährigen Mädchen und Burschen sitzen auch Genossinnen und Genossen, die schon ihre erste Schule im Kampf erlebt haben. Erwartung drückt sich auf allen Gesichtern aus.

Als erster Redner begrüßt der Direktor der Trautenauer Bezirkskrankenkassenanstalt, Gen. Steiner, die Schüler und knüpft den Wunsch an seinen Gruß, daß der Aufenthalt in diesem Räume für Lehrer und Schüler ein recht angenehmer werde. Dann spricht der Trautenauer Kreissekretär Genosse Arzejci im Namen der Kreisorganisation, weist auf die Bedeutung der Parteischule für Ostböhmen hin und schließt mit einem herzlichen „Freundschaft!“ Genosse Hawel spricht für die Bezirksorganisation Trautenau und erinnert vor allem daran, wie die Arbeiterschaft in den letzten Jahren geistig gewachsen sei. Aus dem Wirtshaus sei sie durch unseren Kampf zur Arbeiterschule gekommen. Für das Frauenkomitee übermittelt Genossin Fini Ende den Wunsch zu einem guten Erfolg der Schule und überbringt den Anwesenden Grüße der sozialdemokratischen Frauen des Gebietes. Für den Parteivorstand spricht Genosse Abgeordneter Laub, der in längeren Ausführungen darauf hinweist, wofür die Vertrauensmänner unserer Partei sich zu schämen haben, welchen Kampf wir führen müssen, um das reaktionäre Bürgerium in ihren Bestrebungen gegen die Arbeiterschaft aufzuhalten und um allen Aufgaben des Proletariates gerecht zu werden. Es gilt den Gegner zu erkennen, ehe man ihn schlagen kann. Dazu müsse die Parteischule dienen. Genosse Laub knüpft die Hoffnung an seine Ausführungen, daß die Schüler befreit sein werden, so viel wie möglich zu lernen, damit das Opfer, das von der Partei gebracht wird, auch zum Erfolge führe. Genosse Paul, der Vertreter unserer Bildungszentrale, verliest ein Begrüßungsschreiben der Kreisgewerkschaftskommission Trautenau und überbringt die Grüße der Kreisparteikonferenz, die am 3. April in Trautenau stattfand. Dann weist er sowohl auf die Bedeutung der Schule hin, gibt Stundenplan und Tageseinteilung bekannt, erklärt die Parteischule für eröffnet.

Der feierliche Akt der Eröffnung war die würdige Einleitung der Arbeit, die Schule und Schüler nun zu leisten haben.

## „Sozialdemokratische Gratis-Mittageessen“

Nichts ist so albern und demagogisch, daß es nicht Witz fände in einem christlich-sozialen Blatt. Nur muß es irgendeine, wenigstens für die Bedürftigsten, als brauchbar erscheinen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Die „Deutsche Presse“ zerpringt, weil der Name „Kübel-Parteien“ (den wir nicht erst erfinden mußten, sondern der sich selbst ergab) sich immer fester im politischen Sprachgebrauch einbürgert. Mit Bienenfleisch suchen die christlichsozialen Redakteure nun nach irgend-  
etwas, womit sie sich reoanahieren könnten. Und siehe da — sie haben's schon:

In Brud a. M. fand dieser Tage eine Konferenz sozialdemokratischer Kleinbauern und Pächter statt. Den Delegierten wurde in der Einladung mitgeteilt, daß ihnen die Fahrt nach Brud hin und zurück vergütet wird und daß sie unentgeltlich auch ein Mittagessen bekommen. Von dieser erschütternden Geschichte hat nun die „Deutsche Presse“ auf dem Umwege über eines ihrer feirischen Parteiblätter Mitteilung erhalten und kommt daraufhin zu dem Schlusse, daß „die richtige Kübelpartei niemand anderer ist als die Sozialdemokratie selbst“.

Wenn die „Deutsche Presse“ für notorische Streitigkeiten geschrieben wäre, könnte sie nicht geistig anspruchsvoller argumentieren. Innerhalb der sozialdemokratischen Parteien ist es selbstverständlich, daß Konferenzdelegierte ihre Speise erhalten bekommen. Und wenn man ihnen statt des Verköstigungsgeldes manchmal, so wie in Brud, das Mittagessen in natura gibt, so jedenfalls aus praktischen Gründen. Vielleicht war mancher unter den eingeladenen Kleinbauern niemals auf einer größeren Konferenz gewesen und es war notwendig, ihn aufmerksam zu machen, daß ihm durch seine Teilnahme keine Kosten erwachsen, denn sonst wäre er vielleicht nicht gekommen, da ihm nicht die Einkünfte eines römisch-katholischen Erzbischofs, eines christlichsozialen Fabrikanten oder Großgrundbesitzers zur Verfügung stehen.

Die „Deutsche Presse“ hat aber schließlich noch erfahren, daß die Teilnehmer wirklich die Fahrt vergütet erhalten haben und daß das sozialdemokratische Kübel-Wetteffen aus folgenden Gängen bestanden hat: Suppe, Rindbraten, Gemüse, 1 Liter Wein.“ Und diese furchtbare Enthüllung schließt die „Deutsche Presse“ mit folgender Drohung:

# Der Kriegsanzleihe-Betrugsprozeß gegen Salda, Groh und Konforten.

## Der Staatsanwalt schätzt den Schaden für den Staat auf 23 Millionen.

Prag, 4. April. Heute um 9 Uhr vormittags begann im Schwurgerichtssaale der Prozeß gegen die erste Gruppe Personen aus der tschechischen Nationalsozialistenpartei. Der Prozeß findet vor dem Senate unter dem Vorsitze des OVR. Stadl statt, die Anklage vertritt St. A. Dr. Trost. Mit Rücksicht auf den ziemlich großen Andrang an Auditorium wurde der Saal des Schwurgerichtes für den Prozeß bestimmt.

Die Anklage lautet, daß

1. Frantisek Groh, Direktor der „Produktion“ in Prag.
2. Rudolf Kopal, derzeit in Haft in Poutraj (bekannt aus der „Kotva“-Affäre).
3. Viktor Dostal gleichfalls in Haft in Poutraj (bekannt aus der „Kotva“-Affäre).
4. Jaroslav Salda, Direktor der A. G. Pelantovic in Prag, dt. in Untersuchungshaft.
5. Josef Kozeluh, Direktor der Ceska lidova zalozna in Prag-Michle,

in der Zeit vom 29. September 1923 bis 25. Juni 1925, bzw. Salda und Kozeluh vom 24. Oktober 1923 bis 26. August 1925 allein den staatlichen Kommission für die 4. Staatsanleihe Wilhelm Klose durch Fälschung von Listen irregulär haben, wodurch der Staat an den 3 1/2 Prozent Zinsen der 4. Staatsanleihe einen Schaden von insgesamt Kronen 23.656.762 samt Zinsen erlitten hat.

Groh ist ferner angeklagt, dem O. Fischer nach Wien im September 1925 telephoniert zu haben, bei der tsch. Gesandtschaft nicht die Wahrheit zu sagen, ferner den Ad. Eisner in Wien zu einer Irreführung der Behörden verleitet zu haben.

Die Angeklagten haben sich daher laut Paragrafen 197, 200, 201 und 203 des St. G. B. des Verbrechens des Betruges schuldig gemacht, der Angeklagte Groh außerdem noch nach § 5, 211 des St. G. B. des Verbrechens der Echtheit und Verleitung zu diesem Verbrechen, weshalb der Staatsanwalt für die Angeklagten ein Strafausmaß von ein bis fünf Jahren schweren Kerkers vorschlägt. Sowie die Anklage.

Zum Verhöre sind etwa 20 Zeugen geladen, der Prozeß dürfte eine Woche dauern.

Die Angeklagten verteidigt: Groh — Dr. Pasky, Kopal — Dr. Bruno, Dostal erhält einen Ex-offio-Verteidiger, Salda — Dr. Boucek, Kozeluh — Dr. Tobisch.

### Aus der Anklageschrift.

In der fast einen ganzen Band umfassenden Anklagebegründung heißt es, daß alle Angeklagten im gegenseitigen Einverständnis Kriegsanzleihe, die nicht ihr Eigentum war, gegen 4. Staatsanleihe austauschten, wobei der Staat 75 Prozent Staatsanleihe gegen 100 Prozent Kriegsanzleihe gewährte. Die Hauptschuld fällt dem Angeklagten Groh zu, der in Wien solche Kriegsanzleihen etwa um 100

— So, liebe Raddesozialdemokraten, jetzt seid ruhig mit Euerm Geschrei! Reißt nicht den Mund zu weit auf, wenn ihr selbst Anbodel im Halse stecken habet, — sonst werdet ihr dran erkranken!

Nur ein ausgemachter Trottel wird an dieser Speisestarte etwas auszusuchen finden, es sei denn, daß er als fanatischer Abstinenzler sich an dem Viertel Wein stößt, das in Steiermark so landesüblich ist wie anderwärts Klosterbräu oder Benediktiner. Aber diese Geschichte, die sich (das verzeihen wir der „Deutschen Presse“) bei uns täglich und tausendmal ereignet, als eine Parallele zu den Schwemereien hinzustellen, mit denen sich die Christlichsozialen, Landbändler und Gewerbetreibler den Namen von „Kübel-Parteien“ verdienten, die Ausschaltung von Jochrispelen und die Verabreichung eines mageren Mittagessens an Kongreßdelegierte mit Korruption gleichzusetzen, — dazu gehört doch eine Portion Unver-

Millionen Kronen um einen Pappentitel verlorge und dann gegen 4. Staatsanleihe eintauschte. Im Jahre 1923 standen die Finanzinstitute der Nationalsozialisten u. m. die „Narodna zalozna“ und die „Lidova zalozna“ in Odersfurt vor dem Zusammenbrüche. Sie wendeten sich daher an das Parteisekretariat der tschechischen Nationalsozialisten

### um finanzielle Hilfe.

Groh, der Direktor der Produktion, machte sich in einer Beratung des Parteisekretariates erbotig, durch Austausch von Kriegsanzleihen gegen 4. Staatsanleihe alles zu ordnen. Alle Anwesenden waren damit einverstanden. Groh intervenierte wohl im Finanzministerium, verschwieg aber, daß er selbst auch mitmachen wollte und wehrte die Anleihen hatte. Er besaß damals 200.000 Ks im Vermögen, mit welchem Beträge er durch Vermittlung der „Prunohalova banka“ (deren Direktor Fischl vor ein paar Wochen wegen Betruges verurteilt wurde) und der inzwischen auch bankrott gemordenen Firma Armin Fischer (welch letzterer bei der Deutschen Agrarbank Kriegsanzleihen besorgte), alte Kriegsanzleihen einkaufte, die fremden Staatsangehörigen gehörten.

Nach seinem Geständnis tauschte er gegen 100 Millionen Kriegsanzleihen ein, für sich selbst behielt er angeblich bloß 250.000 Ks Gewinn aus diesem Geschäft. Gegen die „Lidova zalozna“ in Odersfurt und in Raasd und die Sparkasse in Rikan wird eine eigene Anklage erhoben werden. Im ganzen wurden 25 Betrugskonstruktionen aufgedeckt, an welchen in 15 Fällen die berühmte „Kotva“ mitbeteiligt war.

Auf den Namen der „Ceska lidova zalozna“ in Prag wurden vier Betrugszeichnungen vorgenommen, die Jaroslav Salda als Bizektor, Josef Kozeluh als Direktor unterfertigten. Kozeluh war nicht Direktor und zur Unterschrift nicht berechtigt. (Die „Ceska lidova zalozna“ besaß nie einen Heller Kriegsanzleihe in ihrem Vermögen.) Groh versprach dem Salda 7 Prozent vom Nominal der geschickten Kriegsanzleihen zugunsten der „Ceska lidova zalozna“, welchen Vorschlag Salda in der Direktionsung zur Sprache brachte, und die Aktion empfahl, weil man dabei „berdienen“ könne. Groh brachte dann Anmeldebücher zur Zeichnung von Kriegsanzleihe, die Salda und Kozeluh in bianco unterfertigten. Groh zahlte dem Institute eine Provision von Ks 14.500 aus, worauf beide Angeklagte weitere Anmeldungen brachten, die beide jedoch erst nach Auszahlung einer weiteren Provision von Ks 59.250 unterfertigten. Salda und Kozeluh haben also durch die Aussicht auf Provision die 4. Staatsanleihe gezeichnet, leugnen aber, daß sie es wußten, daß die von Groh verfertigte Kriegsanzleihe auf unreellem Wege beschafft wurde. Ferner reden sich beide Angeklagte aus, daß ihnen die Zeichnungsbedingungen der 4. Staatsanleihe unbekannt waren.

Groh wird schließlich in der Anklage noch der Fälschung von Formularen und Unterschriften bezichtigt.

Schönheit und die Fähigkeit zu solch niedriger Spekulation auf die Beschränktheit der christlichsozialen Leser, daß man darüber nicht stillschweigend hinweggehen konnte.

Der Herr Eisenbahnminister und die Kraftwagenlinien. Die Entschließung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper, welche das Eisenbahnministerium daran erinnern sollte, daß wir nicht mehr im Zeitalter der Postkutsche leben, hat den Herrn Eisenbahnminister Najman in Hannover gebracht; er hat sich flugs einen Schriftsteller der „Lidova Noviny“ bestellt und diesen eröffnet, daß das Eisenbahnministerium gar nicht gegen die Eröffnung von Autobuslinien sei, welche der Bahnen Verkehr zuführen, sondern nur gegen jene, welche parallel zur Bahn laufen sollen und ihr daher schmerzhaft „Konkurrenz“ bereiten; weiters sagt er darüber, daß die Leute

lieber im Kraftwagen, als in der ersten und zweiten Klasse fahren, und er sieht bereits mit Schrecken die Zeit kommen, da sich „langsam“ auch die dritte Klasse der Bahnen leert und nur mehr von Besitzern von Regie-, Arbeiter- und Schullinderkarren bemitt wird; bereits im Sommer 1927 betrage der Gesamteinnahme auf den Bahnen 30 Millionen Kronen. Es ist wahrlich ein Glück, daß der Herr Eisenbahnminister der tschechischen Gewerbetriebe angehört, die eine großzügige Rettung des Kleinverkehrs auf ihre Fahne geschrieben hat, und wir können den Staat zu seinem modern denkenden Eisenbahnminister nur lebhaft beklümmern! Wir finden aber, daß er sich noch immer wieviel Zurückhaltung in der Wahrung der Eisenbahninteressen auflegt. Wenn schon, denn schon! Wie wäre es, wenn der Herr Eisenbahnminister auch gegen die Einrichtung von Flugzeuglinien Stellung nähme oder diese wenigstens belästigen wollte, wenn die Flugzeuge parallel mit den Bahnen fliegen? Oder wie wäre es, wenn die Eisenbahnverwaltung eine Verlegung des Flußbettes der Elbe in Ermäugung öge, denn es ist zweifellos richtig, daß dieser Fluß parallel mit gleich zwei Hauptbahnhauptstrecken fließt und dadurch den Frachtverkehr nach Hamburg auf sich zieht! Die Elbe ist ja ohnedies schon durch ihr Streben nach Hamburg verdächtig, also zwei Flüge auf einen Schlag! Hier sollte unbedingt eingeschritten werden, es ist gar nicht abzusehen, warum die Unschlagflöße in Aufzug und Laube eine Bevorzugung genießen sollen. Wenn der Herr Eisenbahnminister die Autobusse von den Straßen auf die Eisenbahnstrecken verlegen will, dann soll er auch den Schiffverkehr dorthin leiten, es wäre wahrlich mit der Macht eines tschechoslowakischen Eisenbahnministers schlecht bestellt, wenn ihm diese großzügige und wahrhaft modern gedachte Verkehrsablenkung nicht gelinzen sollte: zum Heile Europas!

Die Altersversicherung der Hausgehilfinnen. Da augenblicklich von allen Seiten gegen die Alters- und Invaliditätsversicherung der Hausgehilfinnen gehetzt wird, veröffentlichen wir einen Abschnitt aus einem Brief einer Hausgehilfin, den wir im Blatt der tschechischen Sozialversicherungsanstalten finden. Die Betreffende schreibt:

„Ich bin 45 Jahre alt und diene seit meinem 16. Lebensjahr. In der letzten Zeit habe ich rheumatische Schmerzen. Meine Dienststellen habe ich zehn, sechs, vier und drei Jahre bekleidet. Erst in der letzten Zeit war es mir infolge meiner Krankheit nicht möglich, ein jahrelang auf einem Posten zu erkalten. Demzufolge beschränkt jede Dame lieber jüngere Mädchen, schon wegen des niederen Lohnes und dann hat manche der jüngeren Frauen untern ein Mädchen, das älter ist als sie selbst. Welches sind denn die Aussichten für ein alterndes Dienstmädchen? Gemeindeversorgung und Beitel. Deswegen haben wir immer noch der Alters- und Invaliditätsversicherung gerufen, damit wir endlich nach einem Leben voller Arbeit nicht bloß auf die Gemeindeversorgung angewiesen sind und da wir bei dem heutigen Lohn uns bei aller Sparsamkeit nichts ersparen können.“

Diesen Brief mögen insbesondere diejenigen zur Kenntnis nehmen, welche fortwährend behaupten, die Altersversicherung habe für die Hausgehilfinnen keinen Wert, da diese ohnehin heiraten und aus dem Dienste scheiden.

Tobsuchtsanfall eines überarbeiteten Richters. Oberlandesgerichtsrat Dr. Josef Reznicek, seit acht Jahren beim Prager Exekutionserichte tätig, erlitt infolge Überarbeitung einen Tobsuchtsanfall. Er begann plötzlich zu schreien, er habe einen Betrug begangen. Alle Beruhigungsversuche des Arztes und der Kollegen des Richters waren vergeblich und so mußte der Unglückliche in die Irrenanstalt geschafft werden.

Zwei Todesopfer einer Autokatastrophe bei Gmünd. Am Sonntag abends gegen 10 Uhr fuhr ein mit einem Führer und sechs Personen besetzter Mercedeswagen bei Gmünd in einer Kurve gegen einen Telefonleitungsdoppelpfeiler und stürzte eine 2 1/2 Meter tiefe Böschung auf eine Wiese hinab, wo er gegen einen starken Baum fiel. Von den Insassen war ein 26-jähriger Mechaniker sofort tot, während ein Optiker eine Stunde nachher verstarb. Zwei weitere Insassen erlitten Knochenbrüche, einer eine Verstauchung beider Füße. Nur der Führer und ein Insasse blieben unverletzt.

Jubiläumkongreß der Gastwirtegehilfen. Mittwoch findet in Prag der Kongreß des Zentralverbandes der Gastwirtegehilfen in Prag statt, der gleichzeitig das Jubiläum des 25-jährigen Bestandes des Verbandes bildet. Verbunden damit ist eine kleine Ausstellung.

Friede eines Liebespaars. Sonntag nachmittags fand man in einem Hain bei Michle (in der Nähe Prags) die Leichen eines Mannes und einer Frau, in welcher der 25-jährige Arbeiter Josef Hajdick aus Michle und die 19-jährige Köchlerin Franziska Kozel sitzeten; wurden. Der Mann hatte eine Schußwunde in der rechten, die Frau eine Schußwunde in der linken Schläfe. Zwischen den beiden lag ein kleiner Revolver, aus welchem drei Schüsse abgefeuert worden waren.

Südbahnzüge Berlin-Karlsbad ab 15. April l. J. Ab 15. April l. J. wird die Staatsbahndirektion Prag-Nord in der Strecke Rodenbach-Karlsbad die Südbahnzüge 67 und 68 mit direkten Wagen erster bis dritter Klasse Berlin-Karlsbad und zurück führen. Die Verfahrzeiten dieser Züge sind: Zug 67 Karlsbad ab. Bf. ab 8.28, Komotau 9.53, Teplich-Zsch. 10.52, Auffig Stadt 11.16, an Rodenbach 11.40, Berlin Auf. Bf. an 14.14. Zug 68 Berlin Auf. Bf. ab 8.02, Rodenbach ab 13.37, Auffig Stadt 11.02, Teplich-Zsch. 14.82, Komotau 15.43, Karlsbad ab. Bf. an 16.55.

# Rundfunk für Alle!

## Programm für morgen, Mittwoch.

- Prag, 4. April. 11: Schallplattenmusik. 11.40: Landmilchlicher Rundfunk und Zeitfunk. 12.05: Preisnachrichten. 12.15: Mittagkonzert. 1. Urbach: An Rembrandt. 2. Beethoven: Sonate. 3. Kocach: Mitternachts. 4. Kocach: a) Eine glückliche Welt; b) Wägenmäntelchen bei mir. 5. Wald: In einer Nacht. 13.30: Wägenmäntelchen bei mir. 14.15: Höflichkeit und diplomatische. 17: Nachmittagskonzert. 1. Kocach: Die rote Dose. 2. Schallplattenmusik. 3. Kocach: Die roten Dose. 4. Schallplattenmusik. 5. Kocach: Die roten Dose. 6. Schallplattenmusik. 7. Kocach: Die roten Dose. 8. Schallplattenmusik. 9. Kocach: Die roten Dose. 10. Schallplattenmusik. 11. Schallplattenmusik. 12. Schallplattenmusik. 13. Schallplattenmusik. 14. Schallplattenmusik. 15. Schallplattenmusik. 16. Schallplattenmusik. 17. Schallplattenmusik. 18. Schallplattenmusik. 19. Schallplattenmusik. 20. Schallplattenmusik. 21. Schallplattenmusik. 22. Schallplattenmusik. 23. Schallplattenmusik. 24. Schallplattenmusik. 25. Schallplattenmusik. 26. Schallplattenmusik. 27. Schallplattenmusik. 28. Schallplattenmusik. 29. Schallplattenmusik. 30. Schallplattenmusik. 31. Schallplattenmusik. 32. Schallplattenmusik. 33. Schallplattenmusik. 34. Schallplattenmusik. 35. Schallplattenmusik. 36. Schallplattenmusik. 37. Schallplattenmusik. 38. Schallplattenmusik. 39. Schallplattenmusik. 40. Schallplattenmusik. 41. Schallplattenmusik. 42. Schallplattenmusik. 43. Schallplattenmusik. 44. Schallplattenmusik. 45. Schallplattenmusik. 46. Schallplattenmusik. 47. Schallplattenmusik. 48. Schallplattenmusik. 49. Schallplattenmusik. 50. Schallplattenmusik. 51. Schallplattenmusik. 52. Schallplattenmusik. 53. Schallplattenmusik. 54. Schallplattenmusik. 55. Schallplattenmusik. 56. Schallplattenmusik. 57. Schallplattenmusik. 58. Schallplattenmusik. 59. Schallplattenmusik. 60. Schallplattenmusik. 61. Schallplattenmusik. 62. Schallplattenmusik. 63. Schallplattenmusik. 64. Schallplattenmusik. 65. Schallplattenmusik. 66. Schallplattenmusik. 67. Schallplattenmusik. 68. Schallplattenmusik. 69. Schallplattenmusik. 70. Schallplattenmusik. 71. Schallplattenmusik. 72. Schallplattenmusik. 73. Schallplattenmusik. 74. Schallplattenmusik. 75. Schallplattenmusik. 76. Schallplattenmusik. 77. Schallplattenmusik. 78. Schallplattenmusik. 79. Schallplattenmusik. 80. Schallplattenmusik. 81. Schallplattenmusik. 82. Schallplattenmusik. 83. Schallplattenmusik. 84. Schallplattenmusik. 85. Schallplattenmusik. 86. Schallplattenmusik. 87. Schallplattenmusik. 88. Schallplattenmusik. 89. Schallplattenmusik. 90. Schallplattenmusik. 91. Schallplattenmusik. 92. Schallplattenmusik. 93. Schallplattenmusik. 94. Schallplattenmusik. 95. Schallplattenmusik. 96. Schallplattenmusik. 97. Schallplattenmusik. 98. Schallplattenmusik. 99. Schallplattenmusik. 100. Schallplattenmusik.

- Wien. 11: 11: Nachmittagskonzert. 16.15: Nachmittagskonzert. 17.10: Ehemaligen. 18.10: Die Tätigkeit der Pensionskassen. 18.40: Beethoven und der Wiener Kongreß. 19.10: Fremdsprachen. 19.40: Englisch. 20.15: Malen. 22.05: „Ulter“, dramatisches Fragment von Grillparzer. 22.45: Abendmusik.
- Karlsbad. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 16: Schallplattenkonzert. 17.30: Sout Ardina. 19.30: Der Kampf von Kom. 20: Romantische Stunde. 21: Gesellschaftliches Orchesterkonzert.
- Deutschland.
- Saarländischer Rundfunk. 11.00: 12: Orchesterkonzert. 11.30: Sout Ardina. 15.30: Einheitskonzert. 16: Chinesische Schulen. 16.30: Englisch. 17: Die Rolle der Pfaffen. 17.40: Die gesellschaftliche Entwicklung der Welt. 18: Glauben und Raumrechnung. 18.30: Englisch. 18.55: Produktionslinie der deutschen Landwirtschaft. 19.20: Die Kultur Europas im Verhältnis der Renaissance. 20.30: Hebertragung von Berlin. 184. Ch. und Mehrere. 22.30: Tagesmusik.
- Breslau. 12.30: Schallplattenkonzert. 12.55: Orchesterkonzert. 13.00: Schallplattenkonzert. 16.30: Opernübertragung. 19.30: Varietal. 20.30: Die Berlin. 22.15: Tagesmusik.
- Brennerei. 12.30: Jugendliteratur. 16.30: Politische Konzerte. 19: Musikalische Zeit. 20: Musikalische Konzerte. 20.15: Opernübertragung.
- Bamberg. 11.05: Schallplattenkonzert. 16.30: Tagesmusik. 18: Volkstümliches Konzert. 19.10: Das Gerichten. 20: Wägenmäntelchen.
- Karlsruhe. 12.05: Mittagkonzert. 16.30: Jugendliteratur. 17: Tagesmusik. 18.10: Die Gewinnung von Eis aus Kohle. 19.15: Berlin und München. 20.15: Englisch. 20.30: Jugendliteratur. 22.15: Tagesmusik.
- Leipzig. 11.30: 16.30: Jugendliteratur. 19: Ergebnisse der neuen Erziehungswissenschaft. 19.30: Märchen über. 20.15: Balladenabend. 22.15: Tagesmusik.
- München. 12.30: Schallplattenkonzert. Quartette von Mozart und Beethoven. 16: Nachmittagskonzert. 17: Jugendliteratur. 18.30: Hebertragung aus dem Reichstheater. Die Entfaltung aus dem Text. Oper von Mozart.

Der vierte Räuber wird verfolgt.

Wag-Bistritz, 4. April. Nach den heute abends eingelangten Meldungen von amtlichen Stellen wurde der vierte Täter des Raubüberfalles in der Agrar- und Industrialbank in Velska...

Eine feine Akquisition für den kommunistischen Parteivorstand.

Der kommunistische Parteitag hat den Herrn Julio Veresi als Parteivorstand entlassen. Veresi... - Erinnerungen tauchen auf, wenn man den Namen hört, Erinnerungen an eine Zeit, die eigentlich gar nicht so lange zurückliegt...

Durch Mißbrauch des Gedankens der Volksherrschaft der Partei, durch Mißbrauch der Autorität der III. Internationale gelangten an verantwortliche Stellen der Partei Leute dunkler Vergangenheit, unbekannter Charaktere und unklarer Absichten...

In dem sogenannten „Präliminär Memorandum“, das Dr. Emanuel Stern und Dr. Eber zu Verfasser hat, heißt es über Veresi:

„In der Volksversammlung am 1. Mai 1919 in Znojmo verurteilte Veresi den Bolschewismus, der Gleichheit, Freiheit und Ordnung und Wohlstand verkündet, an deren Stelle aber Klassenprivilegien, Knechtschaft, Ghos, Unrecht und Mord setze.“

Das Memorandum führt dann noch einen Auffass von Herrn Veresi aus dem Jahre 1919 an, in dem von der ungarischen roten Armee als böse wilden Soldnerhorden der Bolschewiken gesprochen wird.

Unter dem Druck der Arbeiter mußten sich die Kommunisten damals dazu bequemen, dem Herrn Veresi aus der Partei auszuschließen. Dieser refutiert aber gemeinsam mit Seidler an die kommunistische Internationale und Sinowjew — seligen Angedenkens — hob den Ausschluß auf, bestimmte aber, daß Veresi ein Jahr lang keine Funktionen bekleiden dürfe.

Nun haben ihn die Kommunisten wieder eine Funktion übertragen und ihn dann gleich in den Parteivorstand gewählt.

Wenn die Kommunisten in ihren Parteivorstand wählen, ist natürlich ihre Sache, wenigleich wir es freilich für eine Frage der proletarischen Moral halten, daß man Leuten, gegen die unwiderlegt so schwerwiegende Angriffe erhoben wurden, nicht so wichtige und verantwortungsvolle Funktionen überträgt.

Das Programm der tschechischen Sozialdemokratie.

Wie der Referent über die Revision des Programms der tschechischen Sozialdemokratie, Josef Stávin, im „Pravo Lidu“ mitteilt, wird dem zu Ostern stattfindenden Kongreß der Partei der Entwurf des neuen Parteiprogramms zugleich mit dem besondern Kommunal- u. Agrarprogramm vorgelegt werden.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Salzburg.

Die Sozialdemokraten in der Stadt Salzburg die stärkste Partei! — 15 Prozent Stimmengewinn bei den Landtagswahlen. — Ein gutes Vorzeichen für die Nationalratswahlen.

Wien, 4. April. (Eigenbericht.) Die Wahlen in Salzburg, die gestern stattfanden, haben der Sozialdemokratie einen großen Erfolg gebracht. In der Stadt Salzburg, wo der Gemeinderat neu gewählt wurde, gewinnen die Sozialdemokraten zwei Mandate und werden damit zur stärksten Partei im Gemeinderat.

Bei den Landtagswahlen wird das Ergebnis dadurch verschleiert, daß die Landtagsliste um zwei vermindert wurden, so daß statt 28 nur 26 Mandate zu besetzen waren. Den Verlust von zwei Mandaten haben naturgemäß die zwei großen Parteien zu tragen, so daß statt 14 jetzt nur 13 Christlichsoziale, statt 10 nur 9 Sozialdemokraten im Landtag sitzen werden.

Der Stimmengewinn der Sozialdemokraten beträgt also 5498 Stimmen oder 15 Prozent der eigenen, fast fünf Prozent der überhaupt abgegebenen Stimmen. Die Christlichsozialen verlieren 6181 Stimmen, also ungefähr zehn Prozent ihrer früheren Stimmenzahl.

Die Bürgerlichen suchen aus den Wahlen

einen Erfolg zu machen, indem sie die jetzigen Zahlen nicht mit den Zahlen der letzten in Salzburg stattgefundenen Wahl im Jahre 1922, sondern mit den Landtagswahlen im Jahre 1922 vergleichen, wobei sie herausbekommen, daß die Christlichsozialen noch gewonnen hätten.

Die Salzburger Wahlen sind ein gutes Vorzeichen für die großen Wahlen, die am 24. April in Oesterreich stattfinden. Sie werden den Christlichsozialen Führern der „antimarkistischen Einheitsliste“ arg in die Knochen fahren. Die Christlichsozialen hätten, so wie es Steiermark und Wien tun, die Landtagswahlen in Salzburg ruhig mit den Nationalratswahlen zugleich abhalten können.

Erste Zwischenfälle in Hankau.

Japanische Maschinengewehre feuern in die Menge.

Schanghai, 4. April. Gestern kam es in Hankau zu ersten Zusammenstößen zwischen der Menge und japanischen Marineinfanteristen, die nach Angaben von nationalistischer Seite provozierend gegen mehrere Chinesen vorgingen.

12 Chinesen getötet.

Tokio, 4. April. (Meiner.) Bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen Japanern und Chinesen in Hankau wurden zwölf Chinesen getötet, da die Japaner gezwungen waren, von den Maschinen-

gewehren Gebrauch zu machen. Heute vormittag wurde die japanische Konzeßion in Hankau von einer Menge Chinesen belagert.

Der amerikanische Admiral Deugh telegraphierte, daß die Lage im ganzen Flußgebiet des Yangtse höchst ernst sei.

Tschangtschaiheh liegt sich der Kuomintang.

Schanghai, 4. April. (Meiner.) Die bisher vom Haß der chinesischen Nationalisten verhaßt gebliebenen deutschen Staatsangehörigen beginnen in der letzten Zeit auch den Fremdenhaß der Chinesen zu verspüren, namentlich im Tale des Yangtse und in der Stadt Tschangtschaiheh, die sie verlassen haben, da unter der Herrschaft der Kantonesen Ausländern jedwede geschäftliche Tätigkeit unmöglich gemacht wird.

Bethlen in Rom.

Rom, 4. April. (Siefani.) Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist heute um 9 Uhr hier eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof vom Unterstaatssekretär im Ministerium des Heußern Grandi und anderen hervorragenden Persönlichkeiten empfangen.

Kritische Lage in Rumänien

Der König schwer krank. — Staatsstreichgelüste des Ministerpräsidenten.

Paris, 4. April. Das Befinden des Königs Ferdinand von Rumänien ruft den hiesigen Blättermeldungen zufolge noch immer Beforgnisse hervor, wiewohl die gestrigen amtlichen kommuniqués eine Besserung verzeichnen. Der ehemalige Prinz Carol übermittelte der hiesigen Presse gleichfalls einen beruhigenden Bericht, demzufolge die Entwicklung der Krankheit des Königs — eine Grippe — eine normale ist.

Wahlen in Rom.

Der König schwer krank. — Staatsstreichgelüste des Ministerpräsidenten.

Der „Matin“ bringt über Belgrad die Meldung, daß Ministerpräsident General Averescu eine Reihe von Maßnahmen getroffen habe, welche bezeugen, daß er im gegebenen Augenblicke nicht zögern würde, einen staatlichen Umsturz zu versuchen, ähnlich jenem in Ungarn unter der Führung Hortys.

Die Wahl in North-Southwark. Der Ueberritt von Mitgliedern anderer Parteien in die britische Arbeiterpartei war in den letzten Jahren keine ungewöhnliche Erscheinung, aber ganz außerordentlich muß es erscheinen, wenn ein Mitglied der Labour Party zu den Konservativen übergeht, wie es bei Dr. Haden Guest der Fall ist.

Gemeinsame Sitzung der Präsidien Internationale und des IGB.

Paris, 3. April. Die Vereinigten Präsidien der Arbeiterinternationale und der Gewerkschaftsinternationale trafen heute in Paris zur Prüfung der Lage besonders mit Rücksicht auf die italienisch-jugoslawische Spannung zusammen. In der heutigen Sitzung führten Friß Adler und Dudgeon den Vorsitz.

Paris, 4. April. (Eigenbericht.) Die Vereinigten Präsidien der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Gewerkschaftsinternationale nahmen gestern in einer Nachsitzung drei Resolutionen an.

In der ersten wird im Namen der gesamten Arbeiterschaft verlangt, daß der jugoslawisch-italienische Konflikt vor dem Völkerbunde verhandelt wird. Die Internationale fordert die Verwendung des Artikels 11 des Völkerbundesstatutes, d. i. Einberufung des Völkerbundes im Falle eines Krieges oder einer Kriegsdrohung; die von Italien gegen Serbien vorgebrachte Beschuldigung sollen im Wortlaut veröffentlicht werden.

In der zweiten Resolution über die Ereignisse in China verlangen die beiden Internationalen einvernehmlich die Abschaffung der ausländischen Privilegien in China, den Verzicht auf die Konzessionen und die Jurisdiktion sämtlicher Truppen und der Kriegsschiffe, die bisher dorthin entsendet worden seien, um ungerechtfertigte Privilegien zu verteidigen.

In der dritten Resolution spricht sich die Konferenz sehr scharf gegen die Machenschaften des Faschismus aus, der andauernd alle Friedensbestrebungen der Völker sabotiert und insbesondere die Aktionsfreiheit und Unabhängigkeit des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes zu verringern sich bemüht.

Das englische Antifaschengeis.

London, 4. April. Im Unterhause brachte heute der Generalsekretär die Gesetzesvorlage über das Gewerkschaftswesen ein, die in der ersten rein formellen Lesung erledigt wurde. Die Gesetzesvorlage erklärt alle Streiks für ungesetzlich, die bestimmt sind, einen Zwang auf die Regierung auszuüben oder die Allgemeinheit einzuschüchtern.

Die Wahl in North-Southwark. Der Ueberritt von Mitgliedern anderer Parteien in die britische Arbeiterpartei war in den letzten Jahren keine ungewöhnliche Erscheinung, aber ganz außerordentlich muß es erscheinen, wenn ein Mitglied der Labour Party zu den Konservativen übergeht, wie es bei Dr. Haden Guest der Fall ist.

Die Autoraserei hat in Prag allein am Sonntag wieder drei Opfer gefordert: eine Bekehrin, eine Hausgehilfin und ein 71-jähriger Arbeiter. Zwei der schuldigen Chauffeure sind in Haft genommen worden und auch der dritte soll untersucht werden. Ohne daß uns Berichte von Augenzeugen vorliegen, darf man wohl bei dieser Gelegenheit wieder einmal feststellen, daß gegen die Häufung der Verkehrsunfälle in Prag nichts, aber auch rein nichts unternommen wird. Anderwärts geht man gegen schuldige Chauffeure nicht nur mit der größten Strenge (mit Entziehung der Fahrerlizenzen etc.) vor, sondern trifft vor allem entsprechende Vorbeugungsmaßnahmen durch eine wirksame Verkehrsregelung, die sich dagegen in Prag nur in brutalem Schuttmannkommando gegen Fußgänger auswirkt, die am Bürgersteig nicht „a levo“ gehen.

Den Schwiegervater mit einer Hacke erschlagen. Am 30. März kam es im kleinen Dorfe Bultitz bei Jglau zwischen dem 42-jährigen Arbeiter Josef Krizal und seinem Schwiegervater, dem Glühbirnen-Ausgebinger Franz Smolig wegen geringfügiger Sachen zu einem Streit. Im Verlauf dessen würgte Krizal den Schwiegervater, warf ihn zu Boden und schlug mit einer Hacke mehrmals auf seinen Kopf, worauf er den Alten in die Holzlammer schlepte und dort liegen ließ. Als am Abend das Weib des Krizal nach Hause kam, fragte sie nach ihrem Vater. Krizal entgegnete, daß er ihn erschlagen habe. In der Nacht legte er die Leiche auf einen Schubkarren und brachte sie zu einer benachbarten Gemeinde, wo er den Toten in den Jagdfluß warf. Am anderen Tage ging er nach Jglau und stellte sich der Polizei.

## Volkswirtschaft.

### Der Kampf gegen Breitner.

Die wirtschaftlichen Argumente der bürgerlichen Presse im Kampfe gegen den Marxismus.

„Es gibt dreierlei Arten von Lügen: Notlügen, gemeine Lügen, Statistiken.“ An dieses alte Scherzwort wird man oft erinnert, wenn man die bürgerlichen Argumente gegen die sozialistische Politik, besonders aber gegen die sozialdemokratische Arbeit in Wien liest. Natürlich gibt die bürgerliche Presse diesem „Kampf gegen die Marxisten“ — um ihre Sprache zu sprechen — selbst dort gerne Raum, wo sie sich keinen unmittelbaren Erfolg verspricht. Die Bourgeoisie hält eben seit jeher viel auf internationale Solidarität. Auch das „Prager Tagblatt“ befindet es für gut, regelmäßig statistische Lügen über das „rote Wien“ zu verbreiten. Ein Herr Raifcheradek bereitet dort unter dem Vorwand, über die Wiener Finanzverhältnisse zu berichten, allsonntäglich die wüste Hege gegen die Gemeinde Wien. Es ist wahrlich ein schlechtes Zeichen für die Lage der Bürgerlichen, daß sie auf ein solches Niveau der Kritik gesunken sind.

„Die Absicht der Gemeinde Wien,“ schreibt Herr Raifcheradek in Handelszeitung des „Pr. T.“ vom 3. April, „eine Anleihe von 30 Millionen Dollar aufzunehmen, hat an der Börse gewisse Hoffnungen bezüglich der Belebung des industriellen Geschäftsganges hervorgerufen. Da aber diese Anleihe nicht aufgenommen wird, um das städtische Budget von Investitionen zu entlasten und die Steuern zu ermäßigen, so hat man in finanziellen und industriellen Kreisen diesen Entschluß des Herrn Breitner mit gemischten Empfindungen aufgenommen.“ Herr Raifcheradek will uns also glauben machen, daß die Investitionstätigkeit der Gemeinde Wien für die österreichische Volkswirtschaft direkt nachteilig ist. Man könnte meinen, daß doch gerade durch sie die Industrie beschäftigter findet. Das will der Herr Finanzfachverständliche ja auch nicht leugnen, er meint aber, daß die Aufträge der Gemeinde Wien ein Danaer-Geschenk sind, denn die spärlichen Vorteile, die sie bieten, werden reichlich durch Nachteile der Besteuerung ihres Betriebskapitals (gemeint ist die Industrie) aufgewogen. „Oftener ist es also nach Herrn Raifcheradek,“ Wiener Finanzbrief“ so, daß die Gemeinde Wien nur mit Hilfe überhaupt Lieferanten findet, weil natürlich jeder fürchtet, daß ihm dann sein Betriebskapital verloren ginge, worauf er sich gar nicht erst einläßt. (Wir möchten hier bemerken, daß eine solche Darstellung eben sachmännisch, „statistisch“ ist.)

„Es ist ein großer Unterschied zwischen öffentlicher und privater Investitionstätigkeit. Die Wohnhäuser, Volksbäder, Säuglingskrippen und Kinderhorte, Sport- und Spielplätze, die die Gemeinde ausführt, schaffen nur während der Bauzeit Arbeitsgelegenheiten, während, wenn sie beendet sind, nicht nur die Arbeiter wieder beschäftigungslos werden, sondern auch die Aus-

gaben der Gemeinde steigen, weil jede Wohlfahrts-Einrichtung mit beträchtlichen Erhaltungskosten versehen ist. Private Investitionen dagegen steigern die Leistungsfähigkeit der Industrie, schaffen fortlaufend Arbeit und ermöglichen es dem Unternehmer, der seinen Ertrag steigern kann, die Arbeiter besser zu entlohnen. Was die Sozialdemokraten produktive Arbeitslosenfürsorge nennen, ist in Wirklichkeit nur eine sehr gefährliche Umwandlung von verbendem in totes Kapital, ein Prozeß, den sich ein armer, auf Kapitalbildung angewiesener Staat nicht leisten kann.“ Wiewohl dies alles mit einer Sicherheit vorgebracht wird, als ob es sich wirklich um wissenschaftlich bewiesene Erkenntnisse handelte, ist es doch nichts anderes, als eine Wiederholung von längst widerlegten Argumenten. In diesem Zusammenhange fällt es sogar schwer, nicht von bewusster Entstellung zu sprechen. Denn nach dem Programme unserer Wiener Genossen soll die 30 Millionen-Dollar-Anleihe (mehr als eine Milliarde Tschechenkronen) vor allem dazu dienen, neue Autobus- und Straßenbahnlinien zu schaffen, ferner eine 60prozentige Ausfallhaftung für die Lieferungen Wiener Industrieller nach Ausland zu ermöglichen und schließlich Gewerbetreibende mit billigen Krediten zu unterstützen. Auch die Wohnhäuser, welche die Gemeinde nach wie vor bauen will, erfordern keine weiteren Erhaltungskosten, da dafür durch die allerdings niedrig gehaltenen Mieten gesorgt ist. Was allerdings die „Volksbäder, Säuglingskrippen und Kinderhorte, Entbindungs- und Erholungsheime, Sport- und Spielplätze“ betrifft, so scheint es allerdings ausdifferenziert, die kurzfristige bürgerliche Finanzkritik überzeugen zu wollen, daß rein wirtschaftlich — denn daß sie ethisch eine Selbstverständlichkeit, sozialhygienisch eine Notwendigkeit bedeuten, stellen wir als selbstverständlich außer Debatte — diese soziale Investitions- und Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Wien überhaupt erst die Erhaltung des inneren Marktes in Wien ermöglicht. Wenn die durch den Krieg und den wirtschaftlichen Zusammenbruch in ihrer Existenz schwer bedrohte wertvolle Bevölkerung gegen die Raubgier der großen Anleiher nicht einigermassen geschützt würde, wenn wirklich so drauf los fanziert würde, wie manche Kreise es für wünschenswert halten, dann würden wohl wenige Aktiengesellschaften höhere Dividenden zahlen, aber die große Masse der Unternehmungen müßte überhaupt zu sperren, intellektueller Mittelstand, Gewerbetreibende, und vor allem das Industrieproletariat, wären dem Ruin preisgegeben.

Die Finanzwissenschaft kümmert sich eben mehr um Zahlen als darum, was sie bedeuten. Wir wenden uns deshalb einem weiteren Argument des Herrn Raifcheradek zu. Die 30 Millionen-Dollar-Anleihe erfordert, wie er berechnet, 15 Millionen Schilling (zirka 75 Millionen Tschechenkronen) jährliche Verzinsung, die der österreichischen Volkswirtschaft entzogen würden. „Anleihen in fremder Währung sollen grundsätzlich nur aufgenommen werden, wenn der Schuldner über Einlagen in fremder Valuta verfügt, was bei einer Gemeinde nicht der Fall ist.“ Nun dürfte Herrn Raifcheradek

wohl bekannt sein, daß das Passivum des österreichischen Außenhandels im Monatsmittel des Jahres 1925 776 Millionen Schilling im November 1926 (über spätere Zahlen verfügen wir noch nicht) sogar 108 Millionen Schilling betrug, daß da also eine monatliche Steigerung von 1,3 Millionen Schilling keine große Rolle spielt. Er könnte vor allem wissen, daß jahrelang von bürgerlicher Seite Breitner vorgeworfen wurde, er decke Investitionen mit Steuern, statt mit Anleihen. Und er vergißt ganz, daß nach seiner eigenen Darstellung die Finanzkreise, deren Zurechnen er so trefflich vertritt, anfangs die Anleihe günstig beurteilten, weil sie sich davon Steuerermäßigungen versprachen. Auch bei der Verwendung hätte man aber dem Auslande Zinsen zahlen müssen. Letzten Endes ist es natürlich unrichtig, daß sozulagen jede einzelne Firma, die einen Auslandskredit benötigt, auch eine aktive Außenhandelsbilanz haben muß. Gerade Gemeinden haben häufig mit ausländischen Krediten gearbeitet.

Am Schlusse des „Finanzbriefes“ enthält sich uns erst das wahre Gesicht. Man habe große Befürchtungen wegen des Ausganges der Wahlen, daher komme die lähmende Stagnation. Wie anders dagegen in Budapest, wo eben keine sozialistischen Wirtschaftsmethoden wären. Dort blüht, wie uns Herr Raifcheradek versichert, der Handel und die Industrie. Wenn man allerdings kein Finanzfachmann ist, weiß man, daß Ungarn auch heute noch ein Agrarstaat mit verhältnismäßig geringer Industrie ist, während Oesterreich eine im Verhältnis zu seinem agrarischen Hinterland viel zu große Industrie besitzt. Man weiß, wie schwer heute Kapitalbeschaffung, auf Export angewiesene Staaten, unter der allgemeinen Krise leiden. Aber man weiß vor allem auch, daß dieses ganze Gerede und Geschwätz über die Ursachen der Krise nur ein Vorwand sind, um wieder einmal gegen den verhassten „Marxismus“ zu Felde zu ziehen.

### Tagung des nordwestböhmisches Genossenschafts-Kreisverbandes in Bodenbach.

Sonntag, den 3. April, trat um 9 Uhr vormittags in der Volkshalle in Bodenbach der diesjährige Verbandsstag des 3. (nordwestböhmisches) Kreisverbandes unserer Konsumgenossenschaften zusammen. Es waren 50 Delegierte erschienen, welche 14 Konsumvereine und acht Produktivgenossenschaften vertraten. Genosse Bantrac eröffnete die Konferenz, in der er mit Genossen Anobloch abwechselnd auch den Vorsitz führte. Den Bericht der Kreisleitung erstattete der Obmann, Genosse Bantrac. Er konnte darauf verweisen, daß sich allen Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage zum Trotz die Genossenschaften des Kreises gut entwickelt haben. Obwohl ein leichter Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist (der Kreis zählt jetzt 35.690 Mitglieder, um 935 weniger als vorläufiges Jahr), konnten die Umsätze von 70 auf 72 Millionen Kronen gesteigert werden. Die Sparumlagen vermehrten sich um 1,3 Millionen Kronen auf 20 Millionen. Zwei neue Verkaufsstellen wurden eröffnet. Die weiße Woche brachte überall, wo sie durchgeführt wurde, große, stellenweise glänzende Erfolge. Darauf berichtete Genossin Emma Lorenz über den Stand der Frauenarbeit in den Genossenschaften. Sie konnte auf eine rege Tätigkeit des Frauenkomitees hinweisen, die beim Kreisverbandsvorstandes volles Verständnis findet. Hunderte von Frauen sind in Ausschüßräten und Mitgliederfrauen erfolgreich tätig.

Nach einer Darstellung der nächsten Aufgaben, die den Frauen in der Genossenschaftsarbeit gestellt sind, schloß Genossin Lorenz ihre heftig aufgenommenen Ausführungen mit einem feurigen Appell zu weiterer Wirksamkeit für das große Ziel. Der Kassier Gen. Vater konnte berichten, daß sich der Vermögensstand um 7200 Kronen auf 50.927 Kronen vermehrt hat. Namens der Kontrolle beantragte Gen. Thum, dem Vorstande und

dem Kassier die Entlastung zu erteilen. In der Debatte sprachen die Genossen Doratschek, Auffig, Kühnel-Bilin und Wg. Schweichhart-Bodenbach. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Gen. Kreisky, der als Vertreter der Sec. anwesend war, gab sodann in knappen Zügen einen instruktiven Überblick über die Entwicklung und Entwicklung der Sec. Er konnte mitteilen, daß der Umsatz der 1926 255.864.000 K betrug, sich im laufenden Geschäftsjahre um 40 Prozent mehr entwickelt. Besonders erfreulich ist die Entlastung der Eigenproduktion, die in den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres um 10 Prozent mehr Absatz fand als in der gleichen Periode des Vorjahres. Wenn dies trotz Krise, verfehlter Wirtschaftspolitik des Staates und erbitterter Konkurrenz des Privatkapitals möglich war, so ist dies ein Beweis für die gesunde Kraft der Genossenschaftsbewegung. Der Bericht des Gen. Kreisky wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, ebenso das Referat des Gen. Anobloch über den Internationalen Genossenschaftsbund und den heuer in Stockholm stattfindenden internationalen Kongress. Auf Antrag Dobiasch wurde der bisherige Kreisvorstand und ebenso die Kontrolle einstimmig wiedergewählt. Um 1 Uhr schloß Gen. Bantrac mit einigen anfeuernden Worten die Tagung.

## Turnen und Sport.

### Bürgerlicher Sport. Fußball.

TSK. Komotau verliert gegen Ruselshy SK. 2:8 (2:3). Das Retourspiel der Komotauer in Prag gegen Ruselshy SK., welche zweimal in Komotau besichtigt wurden, fiel sehr häßlich aus. Die erste Halbzeit sah ein gleichwertiges Spiel beider Mannschaften. Turntwald erzielte den ersten Treffer für Komotau. Ruselshy SK. gleich durch einen Einwurfer aus und erlangte etwas später auch die Führung (2:1). Eine Hand im Strafraum der Ruselshy verwandelte Turntwald (2:2). Knapp vor Schluß der Halbzeit erzielte Ruselshy den führenden Treffer. Nach der Pause beherrschten die Ruselshy das Spiel vollständig und die vereinzelt durchbrüche der Komotauer wurden sicher von der Verteidigung oder vom Torhüter abgewehrt. Ruselshy erzielte in einem schönen Endspurt innerhalb sechs Minuten vier Tore. Die Komotauer, die in der ersten Hälfte noch einen ziemlich gleichwertigen Gegner abgaben, kamen nach der Pause nicht mehr zur Geltung. Besonders das Halb verlor und die Stürmerreihe zeigte ein ungenügendes Spiel. Die besten Spieler waren der Torhüter, trotz der hohen Niederlage, und Scheibel; der Mittelstürmer konnte gefallen, war aber durch das schlechte Spiel seiner Mitspieler fast behindert. Turntwald wurde gut abgedeckt, hatte aber auch noch mit seinen Schüssen (1. Halbzeit). Die Ruselshy zeigten ein schönes, flüssiges Kombinationspiel und belagerten das Komotauer Tor in der zweiten Halbzeit vollständig. Der Sieg ist ein verdienter. Das schöne und faire Treiben leitete Schiedsrichter Strauß gut. — TSK. Komotau wird keine Mannschaft, die gute Kräfte besitzt, einem rationellen Training, speziell im Laufen, unterziehen müssen. Auch in Punkte Kombination haben es, denn allzu langes Dröbeln ist nicht zweckmäßig und die beiden Flügelstürmer müssen sich aus Nachlässen gewöhnen und nicht in der Mitte ihre Taktischen Berechtigung zu beweisen haben. Die Ruselshy haben ihren Erfolg in allererster Linie den Anstrengungen zu verdanken und es ist zu hoffen, daß die Komotauer aus diesem Spiele Nutzen ziehen werden.

TSK. gegen Karlsbader SK. 8:0 (2:0). Die Teufel nahmen für ihre vorwichtige Niederlage in Karlsbad eine ausgiebige Revanche. TSK. kam selten über die eigene Spielfläche hinaus und Schuberl im Tore ist es zu danken, daß die Niederlage nicht größer ausfiel. TSK. führte diesmal ein schönes Spiel vor und der Sturm war auf bei Schuch, besonders Hajil, der allein fünf Tore schoss. Schiedsrichter Schirmer gut.

TSK. Prag (Profi) spielte Sonntag in Rönigartitz gegen den dortigen SK. und gewann dieses Spiel sicher mit 3:0 (1:0). Obwohl die Mannschaft einige Reuebeschwerden aufwies. — Samstag wurde ein Spiel gegen SK. Bräbölke in Wschowitz ausgetragen und endete unentschieden 3:3 (1:1). Es war dies das letzte Spiel der Wschowitz in Prag vor ihrer Ausreise, die etwa vier Monate dauern wird. — Weichselhofer, der ausgezeichnete Verteidiger der Mannschaften, wurde von Balma (Zegelein) ersetzt und spielt auch bereits für seinen neuen Verein. — Für Louffl scheint man einen guten Ersatz, und zwar in Fischl (früher Tyrnan), gesunder zu haben; denn er hielt sich in Adoniarab ganz gut.

TSK. Sturm gegen TSK. Amateure 3:2 (3:2). Beide Mannschaften spielten mit Erfolg. Das Spiel war als Wiederholungsspiel angelegt worden und nachdem Sturm beide Punkte zuverbrechen erhielt, als Freundschaftsspiel ausgetragen. Sturm fand sich mit dem schlechten Boden besser ab und gewann verdient.

Sportbrüder gegen Slavoj Zizkov (Profi) 2:0 (0:0). Slavoj war in der ersten Halbzeit überlegen und konnte trotzdem kein Tor erzielen. Nach der Pause kamen die Sportbrüder in Schwung und erzielten zwei schöne Tore.

Die tschechische Profi-Ligameisterschaft wurde am Sonntag fortgesetzt und brachte zwei Niederlagen. Die der Victoria gegen Sparta mit 0:9 ist besonders katastrophal zu nennen. — SK. Adoniarab verlor gegen Slavoj 3:8 (2:3). — TSK. Schlag Meier VIII 4:0 (3:0).

## Kleine Chronik.

Mundgeruch — ein Schönheitsfehler. Eine recht mangelhafte Eigenartlichkeit nicht weniger Menschen ist ein übler Mundgeruch, von dem übrigens manche Personen, die daran leiden, nichts wissen. In einer Reihe von Fällen beruht der Mundgeruch auf einer Magenkrankung, nach deren Beseitigung das Übel von selbst verschwindet. Ungleich häufiger jedoch ist der häßliche Mundgeruch die Folge mangelhafter Zahn- und Mundpflege. Werden die Zähne nicht ausgiebig und regelmäßig geputzt, wird nicht der Mund ausreichend und gründlich gespült, dann bleiben Speisereste zwischen den Zähnen zurück und fallen der Fäulnis anheim. Diese Zerfaltungen sind das Werk von kleinsten Lebewesen, die in den Speiseresten einen vorzüglichen Nährboden zum Wuchern finden. Erklärwert wird die Beseitigung des Mundgeruchs, wenn hohle Zähne vorhanden sind, aus denen die Speisereste vielfach nicht mit den üblichen Methoden mehr zu entfernen sind. Dann pflegen sich die Fäulnisvorgänge noch erheblich zu steigern. Überall da aber, wo Fäulnisprozesse vor sich gehen, entweichen über riechende Gase, die sich der Ausatmungsluft beimengen und die Grundlage des häßlichen Mundgeruchs bilden. — Als weitere Ursache kommen Mundspittröpfchen in Betracht; es sind dies kleine Eiterherde, die sich in den Rissen der Mandeln gebildet haben und somit die Brutstätten für Zerfaltungsprozesse abgeben. Und schließlich gibt

es noch eine Reihe vorübergehender Entzündungsercheinungen im Munde, die von scharfem Geruch begleitet sein können. Es ist Aufgabe des Arztes, bzw. des Zahnarztes, die jeweilige Ursache des üblen Mundgeruchs festzustellen und für seine Beseitigung Sorge zu tragen. Andererseits hat jeder die Pflicht, seine Zähne und Mundhöhle gründlich zu pflegen; nicht nur um sich gesund zu erhalten, sondern auch um seinen Mitmenschen nicht durch einen üblen Mundgeruch lästig zu fallen.

Hautpflege. Schon bei den Griechen und Römern war die Milch als Hautpflegemittel wohl bekannt. Die berühmte Kaiserin Poppäa nahm alltäglich ein Bad in frischer Eilmilch, um ihren „Teint“ jugendlich zu erhalten. Auch in der mittelalterlichen Medizin hat die Milch zur Pflege der Haut und als Hautheilmittel mannigfaltige Anwendung gefunden. Dann allerdings ist sie in Vergessenheit geraten, und erst in allerletzter Zeit wird von ärztlicher Seite erneut der kosmetischen Vorzüge der Milch gedacht: Professor Brud, der Leiter der dermatologischen Abteilung im städtischen Krankenhaus zu Altona, weist in einer medizinischen Fachzeitschrift darauf hin, daß die Milch ein Naturprodukt ist, das der menschlichen Haut vorzüglich angepaßt sei; in vielen Fällen sicherlich besser als manche Creme, die zur Fettanreicherung der Haut aufgetragen werden. Ebenso gibt es in der Selbstbehandlung der Hautkrankheiten nicht wenige Personen, die weder Vaseline, Schweißeset, Pflanzengale, noch andere Salbengrundlagen vertragen können. Auch hier liegt der Gedanke nahe, daß das Ei-

weiß der Milch, sowie das in Form der sogenannten Milchfäulnis sein wertvolle Milchfett für die menschliche Haut zuträglich ist, als mineralische, pflanzliche oder sonstige tierische Fette. Im übrigen sind auch früher schon von hervorragenden Hautärzten Gemische von Milchbestandteilen und Salbengrundlagen mit gutem Erfolg angewendet worden. Professor Brud ging jedoch von der Idee aus, die reinen Eiweiß- und Fettbestandteile der Milch ohne Zusatz anderer Fette zur Hautpflege und Behandlung von Hautkrankheiten zu gebrauchen. Gewöhnliche Milch kam mit Rücksicht auf ihren geringen Fettgehalt und geringe Haltbarkeit nicht in Frage. Wohl aber ist es gelungen, aus reiner sterilisierter Vollmilch in konzentrierter Form haltbare Präparate herzustellen. Nach den Angaben von Professor Brud haben sich die Milchpräparate rein oder auch vermischt mit heilenden Medikamenten bei zahlreichen Hautkrankheiten vorzüglich bewährt, ohne daß irgendwelche unerwünschte Reizerscheinungen auf der Haut zu beobachten waren.

Die Elektrizität im amerikanischen Haushalt. Die Verbreitung elektrischer betriebener Apparate in den Haushaltungen der Vereinigten Staaten wird durch eine Zusammenstellung der „Electrical World“ veranschaulicht. Danach schätzte man die Zahl der elektrischen Kaffeemaschinen auf 2 Millionen, der elektrischen Bügelisen auf 10 Millionen, der Staubsauger auf 4 Millionen, der Toaster auf 3 Millionen, der Waschmaschinen auf 2 1/2 Millionen, der Ventilatoren ebenfalls auf 2 1/2 Millionen, der Heiz-einrichtungen auf 1 1/2 Millionen, der Kochherde auf 300.000, der Bügelöfen auf 200.000.

